

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelsrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vierzug der Zeitung oder Nachzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikoladstraße 11. Fernruf Nr. 5015 und 5016. — Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Kolonnette 60 Pf., die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 1.-M., Ausland 2.- bezw. 3.- M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 564

Donnerstag, 2. Dezember 1920.

74. Jahrgang

### Zwangsanleihe in Sicht.

Erschütternde Mitteilungen über die finanzielle Lage Deutschlands.

Der Steuerentschuss des Reichstages setzte gestern seine Beratungen über den Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers fort. In dieser Sitzung machte Reichsfinanzpräsident Hagenfeldt Ausführungen über unsere gelbliche Lage. Seine Darlegungen hinterließen bei den Ausschussmitgliedern einen tieferschütternden Eindruck. Hagenfeldt fordert die denkbar schärfsten Maßnahmen zur Eindämmung der Papiergeldflut. Dazu sei die unveränderte Annahme des Gesetzes über die schnelle Erhebung des Reichsnotopfers unerlässlich. Wo viele Deutsche freiwillig und durch Darlehen dem Reiche hilfreich beispringen, könne man gewiss von den vermögenden Steuerpflichtigen verlangen, daß sie ihre Steuern baldmöglichst abgeben. Die hohe

### Schwebende Schuld von 147 Milliarden

und ihr weiteres Wachsen bedeuten eine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Es müsse darauf gedrungen werden, daß dauernde Ausgaben auch durch laufende Einnahmen gedeckt werden können. Das große Defizit der Reichsverwaltungen, die steigenden Löhne und Gehälter ließen erwarten, daß die schwebende Schuld in diesem Jahre noch um etwa 30 Milliarden sich steigern werde. Der Reichskredit dürfe nicht in Frage gestellt werden, das Goldbarometer auf Sturm gebracht werden. Das zu verhindern zwingt zu Maßnahmen, die, wenn sie auch hart sein mögen, doch durchgeführt werden müßten. Für den stärksten Hemmschuh gegen das völlige Heruntergleiten halte er nicht die Vorlage über das Reichsnotopfer, sondern eine Zwangsanleihe.

So notwendig die verabschiedeten Steuergesetze auch seien, so sei es doch fraglich, ob es notwendig und richtig gewesen sei, die Steuerlast so hoch zu gestalten. Als Ende der Zwangsanleihe habe er sich eine vierprozentige Anleihe gedacht, die in zwei kurz aufeinanderfolgenden Zeitpunkten auszugeben werden sollte. Der Ertrag könnte auf

20 Milliarden

angenommen werden. Das wäre ein Betrag, den er als wesentlichen Demerschuß ansehen müsse. Auch vom Standpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit zwischen Kriegsteilnehmern und Nichtteilnehmern wäre eine Zwangsanleihe begründbar. Das Vertrauen des Auslandes auf den ernstlichen Versuch, das deutsche Finanzwesen auf eine gesunde Grundlage zu stellen, würde gekürzt, weil damit der Beweis geliefert wäre, daß die deutsche Regierung alles tut und auch noch diese scharfe Heranziehung des Volkvermögens in Angriff nimmt. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die einer raschen Erhebung des Reichsnotopfers zweifellos entgegenstünden, müsse aber gefragt werden: Wo ist die größte Gefahr? und die Antwort sei gegeben. Es gelte, die schwerste, kaum ausdenkbare Katastrophe von unserer Wirtschaft und unserem Volke abzuwenden.

Die Weltpreise seien gegenüber dem Frieden auf etwa das Dreifache gestiegen; in Deutschland betrage die Preissteigerung etwa das Siebenfache, gemessen an der Einheit unseres Geldes. Die deutschen Preise seien also zwei bis dreimal so hoch wie die ausländischen. Unsere Valuta sei jedoch stärker gefallen, als unsere Preissteigerung ausmache. Wenn unsere Preise den ausländischen Preisen auf der Grundlage unserer jetzigen Valuta näherkämen, würde etwa eine dreifache Preissteigerung gegenüber dem Frieden die Folge sein. Damit würden wir überreichen und russischen Verhältnissen uns nähern und in ein bis zwei Jahren am Ende unserer Volkswirtschaft und befinden. Stärker als die Preissteigerung sei der Geldumlauf in Deutschland gestiegen. Wenn man etwa 20 Milliarden Papiergeld als im Ausland festlich und 10 Milliarden als Gesamwert schätzt, ferner 20 Milliarden als den der Geldwertverteilung entsprechenden Geldumlauf in Ansatz bringt, bleiben von dem jetzigen Umlauf an Reichsbanknoten und Darlehensschulden in Höhe von 75 Milliarden Mark 15 Milliarden übrig, die als unzulässige Inflation anzusehen wären.

Das Steigen der Papiergeldmenge sei vor allem durch die Beschaffungskosten bedingt. Die nachfolgenden Redner Beder-Hessen (D. Sp.), Dornburg (Dem.) und Heiffersich (D. Sp.) erklärten, daß die Ausführunen einen tiefen Eindruck bei ihnen hinterlassen hätten.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß wenn ein anderer Weg, nämlich der einer Zwangsanleihe, beschritten werden sollte, er dies dem Kabinett vortragen würde.

Am Hinblick auf die große sachliche Bedeutung der ganzen Angelegenheit wird auf Antrag von verschiedenen Seiten der Reichswirtschaftsminister ersucht, in der heutigen Sitzung zu erscheinen und seine Stellung darzulegen.

Hg. Keil (Soz.) erklärte, die Mitteilungen des Reichsfinanzpräsidenten seien erschütternd, und ein Gefühl großer Hoffnungslosigkeit habe ihn beschlichen. Der vorliegende Gesetzentwurf sei nicht das letzte Mittel. Weiter müsse gesehen. Gewissen Gesellschaften gegenüber sei eine unverantwortliche Schonung eingeräumt. Die Lebenszeit so mancher Kreise des Volkes werde nicht davon, daß bei

ihnen Not herrsche. Das verschwenderische Leben dieser Kreise habe im Auslande den Eindruck hervorgerufen, als ob das ganze deutsche Volk in der besten Lage sich befinden und alle Forderungen aus dem Friedensvertrag erfüllen könne. Das Reichsnotopfer wird dazu nicht hinreichen, jedoch auch die Frage der Zwangsanleihe erörtert werden muß.

### Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde die Debatte über die Rede des Reichswirtschaftsministers fortgesetzt. Es wurde besonders über das Handwerk und Kleingewerbe gesprochen. Der Reichswirtschaftsminister erklärte die Regierung sei auf das äußerste befreit, dem Handwerk und dem Kleingewerbe nach Möglichkeit entgegenzukommen. Für die Revision der Reichsgewerbeordnung seien bereits Vorarbeiten gemacht.

Der Reichstag hat die Gesetze über Vereinbarungen wirtschaftlicher Art zwischen der deutschen, der ungarischen, der tschecho-slowakischen und der österreichischen Regierung in allen drei Lesungen mit großer Mehrheit angenommen. In der Besprechung wies der Minister des Innern Dr. Simons darauf hin, daß die Vorlage der erste wirkliche Friedensvertrag sei, der eine Umgestaltung des Verhältnisses Deutschlands zu anderen Staaten erwarten lasse. Nach Zulage der tschecho-slowakischen Regierung würden die bei den letzten Unruhen in Brno geschätzten Deutschen entschädigt werden.

Der Reichstag hat ferner einen Antrag der Unabhängigen auf sofortige Freilassung des Reichsstaatsangehörigen Kemmle angenommen, der, wie gemeldet, wegen aufrührerischer Reden in einer Verlesung in München von der bayerischen Polizei verhaftet worden ist.

### Versteckte Milliarden in Bayern.

Nach einer Mitteilung des bayerischen Finanzministers im bayrischen Landtag mache die Gesamtsumme der vom Publikum versteckt gehaltenen Papiernoten 10 Milliarden Goldmark aus, was für das Reich einen schweren Steueranfall bedeute.

### Ungeheure Streikverluste.

Wie der „Berl. Lokalan.“ berichtet, gingen nach einer Streikstatistik im Jahre 1917 in Deutschland rund 900 000 Arbeitstage durch Streik verloren; im Jahre 1918 waren es bereits 4,9 Millionen Tage und im Jahre 1919 ergab sich die ungeheure Zahl von 13,6 Millionen Arbeitstagen, die durch Streik verloren gingen.

### Forderungen der Lebensmittelgewerbe.

Der Reichsjustizminister empfing gestern Vormittag den Geschäftsführer des Hansabundes, den Syndikus vom Verband der Hotelbetriebsvereine Deutschlands sowie Vertreter des Deutschen Gastwirtsverbandes, ferner den Obermeister der Bäckerinnung, Vertreter des Konditoren-gewerbes sowie Vertreter der Arbeitnehmer. Die Erschienenen überreichten verschiedene Forderungen und erbat für alle Gewerbe die Aufhebung des Verfahrens vor dem Bundesgericht. Der Reichsjustizminister sagte eine wohlwollende Prüfung zu, ohne sich im einzelnen festlegen zu können.

### Die Strafmaßnahmen gegen Berliner Hotels.

Die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ vom 20. Nov., wonach der Hotelbetriebs-V. V. in Berlin der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unterlag, wurde durch ein Versehen der Abteilung 7 des Polizeipräsidiums in nicht verbindlicher Form veröffentlicht. Der Hotelbetriebs-V. V. wurde lediglich die Fortführung des Bäcker- und Konditoreibetriebes unterlag. Eine entsprechende Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ folgt umgehend.

### An die Oberschlesier im Reich.

Die deutschen Parteien Oberschlesiens wenden sich in einem Aufruf an alle ober-schlesischen Landleute, sich nicht von der Ausübung ihres Stimmrechts abhalten zu lassen. Korfanto und sein Anhang verfluchten, im Widerspruch mit dem Friedensvertrag den außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten das Stimmrecht zu nehmen oder die Abstimmung in einem anderen Orte stattfinden zu lassen unter dem Vorzeichen, daß in Oberschlesien große Unruhe herrsche. Es solle aber Korfanto nicht ein, auch die nicht in Oberschlesien wohnenden polnischen Stimmberechtigten an der Stimmreise zu verhindern. Die Ruhe Oberschlesiens sei durch Korfanto und seine Agitatoren gefährdet. Die Mächte müßten alles daran setzen, die Ruhe und Ordnung in der Abstimmungszeit zu sichern.

### Die Viehablieferungen.

Die Verhandlungen über die Viehablieferung waren in der vorigen Woche unterbrochen worden. Die deutsche Abordnung, der neben Regierungsvertretern Vertreter der Landwirtschaft, des Reichshandels und der Wissenschaft, u. a. der Landwirtschaftsminister Czernin, angehören, war nach Berlin zurückgekehrt, um sich mit der deutschen Regierung über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen ins Einvernehmen zu setzen. Vorerstern sind nun, wie verlautet, die Verhandlungen wieder um einige Tage vertagt worden. Man rechnet damit, daß sie am Freitag dieser Woche zum endgültigen Abschluß kommen.

### Das Befinden der Kaiserin.

Nach einer Meldung aus dem Haag ist das Befinden der früheren deutschen Kaiserin so schlecht, daß nur noch mit einer kurzen Lebensdauer gerechnet wird. Die Kaiserin ist bewußtlos schon seit Wochen mit einigen ganz kurzen klaren Augenblicken.

### Eupen-Malmedy.

Genf, 2. Dez. Der Völkerbund veröffentlicht heute den Brief an das deutsche Ministerium des Innern, der als Antwort auf die letzte deutsche Note in der Völkerbunds-Sitzung vom 29. Nov. festgesetzt wurde. Es heißt darin u. a.: In Beantwortung Ihrer Note vom 14. Nov. d. J. über die Zuständigkeit des Völkerbundes hinsichtlich des Beschlusses von Eupen und Malmedy bin ich vom Räte beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß die Bemerkungen in dieser Note nach seiner Ansicht keinen Anlaß bieten, die in seiner Mitteilung vom 22. Okt. d. J. ausgesprochene Auffassung abzuändern. Der Völkerbundrat wünscht anerkennen, daß ich Ihnen davon Kenntnis gebe, daß alle Mitglieder des Völkerbundes in der Frage Eupen und Malmedy auf dem Laufenden gehalten wurden und daß der Bericht an die Völkerbundsversammlung über die Tätigkeit des Rates ausdrücklich die deutsche Note erwähnt, in der gegen die Zuständigkeit des Rates protestiert wurde.

Damit hätte also der Völkerbund den deutschen Protest gegen die Abstimmung in Eupen-Malmedy abgelehnt. Die deutsche Regierung plant neue Schritte in dieser Angelegenheit.

### Das Wirken des Völkerbundes.

Der Führer der englischen Delegation Balfour empfing gestern Pressevertreter, um ihnen über das Wirken des Völkerbundes Erklärungen abzugeben. Balfour lehnte es ab, über die Zukunft zu sprechen, hielt es aber für notwendig, die Enttäuschung in der Öffentlichkeit über die bisherige Wirksamkeit des Völkerbundes zu bekämpfen. Er glaubt, daß der Völkerbund schon viel nützliche Arbeit geleistet habe und daß zahlreiche Fragen, wie die Danziger Frage, der internationale Gerichtshof und die Frage der kolonialen Mandate nicht ohne ihn hätten gelöst werden können. Bei der Würdigung des Völkerbundes wünscht Balfour vor allem, daß man die Tätigkeit des Völkerbundsrates im Auge behalte. Bei der Beurteilung der Völkerbundsversammlung solle man nicht die Schwierigkeiten vergessen, die durch das Zweisprachen-System entstanden.

### Kritische Lage in Fiume.

Italienische Blockade gegen d'Annunzio. Rom, 1. Dez. (Havas.) Das „Giornale d'Italia“ meldet: Nach den letzten Nachrichten aus Fiume wird die Lage in Fiume immer kritischer. Die Legionäre in Fiume geben Gewehrschüsse gegen das Boot des Generals Ferrari ab, von sie gelangen zu nehmen versuchen. Die bisher hergehenden Beziehungen zwischen den Legionären und den regulären Truppen seien seit einiger Zeit gekannt.

Rom, 1. Dez. (Havas.) Da die Mahnungen der italienischen Regierung an die Truppen d'Annunzios erfolglos blieben, hat General Cavaglia die Blockade über die Risse von Fiume und die Inseln Beglia und Arbes und die zugehörigen Seefische verhängt.

Rom, 1. Dez. (Havas.) Die Delegation der italienischen Regierung des Quarnero teilt folgende Depesche aus Fiume vom 28. Nov. mit: Die Lage ist sehr gespannt. Auf ein Ultimatum des Generals Cavaglia, das ihn aufforderte, die Inseln Beglia und Arbes zu räumen, antwortete d'Annunzio, daß die Inseln solange besetzt bleiben, solange sich noch ein Mann darauf befindet.

Rom, 2. Dez. (Havas.) Nach einer Meldung der „Adea Nazionale“ erklärte d'Annunzio in einem Schreiben an seinen Vertreter in Zara, er sei entschlossen, Dalmatien mit allen Mitteln zu verteidigen. Nach dem gleichen Blatte erklärte der Leiter der nationalen Verteidigung für den Staat Fiume, er werde mobilisieren lassen, um sich der Ausfühung des Vertrages von Rapallo zu widersetzen. Dieser vom Senat ratifiziert und vom Abnize gebilligt werde. Nach dem „Giornale del Popolo“ haben drei Sturmtruppen vorzuehen Fiume verlassen, um sich nach Bealza zu begeben zur Verteidigung der Insel gegen einen Handreich der regulären Truppen.

### Die Vernichtung Peiljuras.

Berlin, 1. Dez. Die „A. F.“ erfährt aus Kopenhagen, daß das Heer des Generals Peiljura nach einer zwei Wochen dauernden Schlacht vollständig aufgeföhrt sei und 12 000 Gefangene sowie viel Kriegsmaterial, u. a. 35 Kanonen, 300 Maschinengewehre und unabsehbare Eisenbahnmaterial, verloren habe.

